

## **Forderung für eine Förderung der Spassgesellschaft.**

“Fordern statt Fördern” war ein Slogan der jahrelang in der Europäischen Politik als richtungs- und zukunftsweisend für eine moderne Arbeits- und Beschäftigungspolitik herhalten musste.

Die Luxemburgische Übersetzung dazu war gelungener, denn der Slogan “fit a flott fir den Uarbechtmuurt” kaschierte auf lustige Weise diesen zumindest boshaft, dubiosen Anspruch des Zwanges, der gezwungenermassen mit einer Forderung einhergeht.

Es war ebenso lustig als unverständlich dass sich quer durch Europa viele soziale und sozio-ökonomischen Akteure hinter diesen Slogan stellten und damit auf einer Welle der “jetzt werden wir es Ihnen aber zeigen” zu schwimmen versuchten.

Nur wer waren sie, die man fordern und denen man es zeigen musste?

Nun es waren, und sind noch immer die Verlierer in unserer Gesellschaft, die Armen, die Arbeitslosen, die Unqualifizierten, die Aussenseiter und so weiter und so fort.

Diesem Teil unserer Mitbürger sagt man also im Klartext: Peitsche “statt” Zuckerbrot. Sie scheinen es nicht anders verdient zu haben. Sie verdienen ja auch gar nichts, keinen Lohn, keinen Respekt, keine Zuneigung. Mit was auch? Was haben sie zu bieten oder beizutragen?

Niemand hat versucht ernsthaft nachzufragen wie sie, wo, Irgendetwas bieten oder beitragen könnten. Wo waren oder sind ihre Chancen? Wer konnte oder kann sie ihnen eröffnen? Die Zahl der Ausgegrenzten steigt täglich. Allein die Arbeitslosenzahlen, die stetig steigen, sind ein untrüglicher Beweis für diesen Umstand.

Was sollte man auch bieten können, wenn die Wirtschaft so funktioniert wie sie funktioniert? Alle sind sie überfragt, die Politik weil sie keine Arbeitsplätze schaffen kann und unfähig ist neue Regeln durchzusetzen, die Wirtschaft weil sie den Regeln der Globalisierung Rechnung tragen muss und entweder rationalisiert, auslagert oder Löhne drückt, auch nicht die sozio-ökonomischen Organisationen die Brücken bauen sollen zwischen den sogenannten zweiten und ersten Arbeitsmärkten, wovon letzterer sichtlich und zunehmend weniger Menschen braucht, auch nicht die Schulen die durch gezieltere Ausbildung der Wirtschaft qualifizierte bis hochqualifizierte Arbeitnehmer ausspucken sollen die diese in dieser Masse überhaupt nicht brauchen.

Auf der Strecke bleiben also immer dieselben. Oder doch nicht? Kann es nicht sein dass der Kreis derer die aussen vor bleiben immer grösser wird, dass solche die sich in den “dreissig glorreichen Jahren” nach dem zweiten Weltkrieg zu den gesicherten Bürgern einer jetzt imaginär anmutenden Mittelschicht zählten, ins Räderwerk der Ausgrenzung geraten?

Die Stimmung in der Bevölkerung wird immer moroser, in Luxemburg, in Europa und anderswo.

Wir brauchen also keine Diskussion die herausfinden will auf welche Weise wir uns in die gegebenen Strukturen unserer verkrusteten und öden Gesellschafts- und Wirtschaftslandschaft einfügen müssen. Das tagtägliche Lamento das uns alle wichtigen Menschen aus den Staats- und Gesellschaftstragenden Bereichen offentun beweist zur Genüge dass diese Vorgehensweise keine Zukunft hat.

Denn in allen Bereichen werden uns Lösungen vorgegaukelt die in keinsten Weise auf unsere legitimen Bedürfnisse eingehen oder ihnen gar entgegenkommen.

Die Politik will uns glauben tun dass wir eine schreckliche Bande von risiko- und arbeitsscheuen Nichtsnutzen sind und beweist uns dies indem sie fruchtlose Kampagnen à la “trau dich” in die Welt setzt. Wohlwissend dass das herrschende wirtschaftliche Umfeld diese Möglichkeit der Betriebsgründungen überhaupt nicht zulässt.

Die Schule will uns vermitteln dass wir eine Generation von faulen und übersättigten Kindern in die Welt gesetzt haben, denen diese Institute und ihr Personal beibringen müssten dass sie nur eine Chance im Leben haben werden wenn sie den Anforderungen einer abgestumpften und phantasielosen Wirtschaftsordnung

gerecht werden. Die Schule erfüllt so nur mehr den Zweck einer wirtschaftlichen Hörigkeits-Bildung, anstatt ursächlich kritische und motivierte Menschen zu begleiten und zu fördern.

Die Wirtschaft wiederum wird nicht Müde uns mit den dumpfen, repetitiven Aussagen zu beackern, dass Arbeit ein knappes Gut ist und nicht ein kreatives Umfeld der Selbstverwirklichung eines jeden Individuums.

Diese Umstände sollen nun die Basis dafür sein dass der vielzitierte Ruck durch die Gesellschaft gehen soll und der eine neue Aufbruchstimmung erlaubt?

Dies ist nicht nur zumindest vermessen, es ist geradezu menschenverachtend!

Es ist eher schon so, dass wenn man die Menschen glauben tut und ihnen beweist dass man sie eigentlich nicht braucht, dass man ihnen auch die Möglichkeit einer Alternative verwehrt, sie somit unwillkürlich zu Abhängigen eines unzuverlässigen Systems macht.

Wer wird sich denn trauen uns zu sagen dass unser Wirtschaftssystem unzuverlässig, gar fahrlässig ist. "Trau dich", Politik, es ist deine Aufgabe!

Es könnte ja vielleicht auch anders gehen. Wenn nämlich eine Diskussion über Werte die den Menschen wichtig sind erlaubt wäre, und die, die Entscheidungen treffen darauf eingehen könnten, oder müssten, dann könnte man vielleicht darüber reden ob wir nicht so etwas wie die Lust oder den Spass am Leben, an der Arbeit, am Beisammensein in den Vordergrund unseres wirtschaftlichen Handelns stellen könnten.

Dem ist aber bisweilen nicht so, man schürt schon eher die Angst in der Bevölkerung indem man systematisch die Individualisierung der Menschen und ihres egoistischen Handelns vorantreibt. Das Leben in der Familie wird erschwert, die Schule wird von der herrschenden Wirtschaftsordnung instrumentalisiert, die Knappheit von lohnabhängigen Arbeitsplätzen wird kultiviert und die älteren Mitbürger werden für die Existenzängste der nachkommenden Generationen verantwortlich gemacht.

Wir sind also eine Gesellschaft der schwachen und unbeholfenen Fatalisten geworden und keiner ist fähig uns einen Ausweg zu zeigen!

Die existentielle Angst die die Menschen haben, lässt sie also geradezu nach Trost und Geborgenheit lechzen. Aber war das denn nicht schon immer so?

Vielleicht schon. Aber wer hat diesen Menschen dann Trost und Geborgenheit spenden können?

Natürlich hat die "spirituell - konfessionelle Bereitschaft", indem sie diese Aufgaben übernommen hat und die Menschen sicherlich auf ein späteres glücklicheres Leben verträsten konnte, ein Gegengewicht zu fehlendem irdischem Trost und irdischer Geborgenheit schaffen können.

Natürlich haben die Menschen selber auch immer wieder Auswege aus gesellschaftsorganisatorischen Sackgassen gefunden, dies geschah aber immer dann wenn nicht das Individuum zählte, sondern die Solidarität unter den Menschen.

Unser aktuelles Wirtschaftssystem ist eine solche Sackgasse, wir sollten dies zur Kenntnis nehmen!

Wir sollten dies vor allem zum Anlass nehmen uns die Frage zu stellen ob nicht, bezugnehmend auf die konfessionelle Bereitschaft, ein neuer Spiritualismus, welcher sinngemäss eine geistreich-witzige Lebenseinstellung fordert, gefragt wäre.

Ob es nicht auch an der Zeit wäre darüber nachzudenken inwieweit die Menschen Bereitschaft zeigen unser Solidarsystem auszubauen, wie das Anfang des letzten Jahrhunderts geschah als die modernen sozialen Sicherheitssysteme Einzug in das gesellschaftliche Miteinander fanden.

Diese neue Art der Produktivität, die auf Spass am Leben setzen könnte, würde unsere Gesellschaft viel schneller voranbringen auf dem Weg zu einer Verträglichkeit von Gemeinsinn und individueller Lebensführung, im Einklang auch mit der Produktion von neuen, besseren, angepassteren Dienstleistungen und Gütern eben.

Das Gegenteil dieser spassigen Beschreibung findet aber heutzutage statt. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen und ihre Vermarktung stehen im Vordergrund und werden auf Teufel komm raus

vorangetrieben..., um die Menschen glücklich zu machen. Nur sie scheinen es anscheinend nicht zu werden. Die Kollateralschäden sind ja auch immens, in Bezug auf den Gemein Sinn, in Bezug auf die Erziehung, in Bezug auf die Ausbildung, in Bezug auf den Zugang zur Erwerbsarbeit, in Bezug auf die Umwelt, und so weiter und so fort.

Florieren tut nur ein stupider Produktionsgedanke von Gütern und Dienstleistungen, von deren Produktion und deren Konsum aber immer mehr Menschen ausgeschlossen werden.

Die fantastischen Kapazitäten die sich durch den technologischen Fortschritt ergeben, die Eigendynamik die damit einhergeht, degradiert so zu einer Veranstaltung im Zeichen des "de l'art pour l'art", die also vollkommen vergessen hat ihr Handlungsweise, ihre Berechtigung und ihren Zweck zu hinterfragen.

Die immer weniger werdenden der Nichtausgeschlossenen, dieser "neuen Künstler", scheinen dafür aber immer mehr Spass an dieser Gesellschaft zu finden. Es sind vornehmlich die Manager und die Politiker.

Nur, die Kunst sich selber in Szene zu setzen, ihren Spass zu haben indem sie sich als "global player" im globalen Casino tagtäglich angestrengt amüsieren, scheint die meisten Menschen überhaupt nicht mehr zu amüsieren!

Der knochenharte Alltag dem viele Mitbürger, ob in Arbeit oder ohne Arbeit, tagtäglich ausgesetzt sind, steht im krassen Gegensatz zur Welt dieser Auserwählten und da das Überangebot von "Brot und Spielen" das tagtäglich von den Medien zum Konsum ausgestossen wird keinen Spass mehr machen will, weil es die Menschen in ihrem Sein eher isoliert als ihnen Lust am Leben zu vermitteln, entsteht ein tiefer Graben in unserer Gesellschaft.

Akzeptiert man dass Phänomene wie Lust und Spass auf der Ebene der gemeinschaftlichen Beziehungen stattfinden, so findet man auf der einen Seite die Auserwählten welche in den Genuss von Lust und Spass kommen können und somit einen Zugang zur Motivation finden und auf der anderen Seite all jene Menschen von denen man fordert motiviert zu sein, ihnen den Zugang zu sinnvollem Spass und ehrlicher Lust aber verwehrt.

Die Forderung für eine Förderung der Spassgesellschaft erscheint in diesem Sinne als nicht abwegig, denn wenn Lust und Spass als motivierende Elemente gelten, dann können sie sich in vielen der oben angesprochenen Bereichen unserer gesellschaftlichen Institutionen als Motor für eine neue Kultur des Zusammenwirkens unter den Menschen herausstellen.

Wenn Ökonomie im ursprünglichen Sinne bedeutet das "Haus in Ordnung halten", so wird der Gemein Sinn, die Solidarität, gepaart mit Lust und Spass, Auswege aus der heutigen eher destruktiven Wirtschaftskultur zeigen können.

## **Vom Tellerwäscher zum Millionär.**

Bezugnehmend auf den Artikel "Vom Glühbirnenwechsler zum Generalunternehmer", erschienen im "d'handwerk" des Monats September, möchten wir dem sehr verehrten Autor danken für die Anerkennung die er uns zukommen lässt.

Wir haben es wirklich geschafft mit Menschen die unter anderem, auch im Handwerk keine Stelle gefunden haben, Betriebe aufzubauen, deren Arbeit und neue Dienste von anderen Menschen in Anspruch genommen werden.

Und ob man es glauben will oder nicht, diese Menschen sind wirklich reicher geworden. Reicher an Erfahrungen, reicher an Kompetenzen, reicher an Lebensfreude, aber nicht unbedingt Millionäre. Geld alleine macht nicht glücklich, oder?

Übrigens führt die Einführung neuer Dienste oder Produkte in der Regel dazu dass ein neuer Markt entsteht und kommt der wirtschaftlichen Entwicklung im Allgemeinen zugute.

Aber das weiss der Autor wahrscheinlich, denn ein klassisches Wirtschaftsstudium hinterlässt zumindest Spuren...

Was er aber nicht weiss ist, dass es viele Formen des Wirtschaftens gibt, und nicht allein nur die Konkurrenz das Geschäft belebt. Die Unlautere gibt es ja auch noch.

Echte unlautere Konkurrenz ist doch Schwarzarbeit. Zusammengenommen belebt sie die sogenannte Schattenwirtschaft, die wiederum ist der wirtschaftliche Tummelplatz für jegliche Art von organisierter Kriminalität.

Solidarwirtschaft und Schattenwirtschaft haben aber nun mal rein gar nichts miteinander zu tun, zumal ihre Öffentlichkeit sich extremer Formen bedient.

Die Grenzen zwischen normaler Wirtschaft und Schattenwirtschaft sind da schon fließender.

Millionäre werden nicht aus der Solidarwirtschaft geboren, und die Menschen die darin arbeiten haben durch ihre Arbeit auch noch niemandem geschadet. Im Gegenteil.

## **Objectif Plein Emploi denkt mit, Herr Juncker.**

Herr Juncker sprach in seiner Rede zur allgemeinen politischen Ausrichtung von den "sogenannten" Beschäftigungsinitiativen, deren Funktionsweise überdacht werden muss.

Das liess uns aufhorchen!

Wenn wir der Meinung glauben schenken dürfen dass der Premierminister über ausserordentliche rethorische Fähigkeiten verfügt, so gehen wir davon aus dass er den Standpunkt vertritt dass die Betriebe der Solidarwirtschaft keine Beschäftigungsinitiativen sind, sie werden nur "so genannt".

Es wäre dies ein Meilenstein in der politischen Luxemburger Diskussion und könnte dazu führen dass Ernst gemacht wird mit der Einführung eines "dritten wirtschaftlichen Standbeines", wie im Koalitionsabkommen von 2004 festgeschrieben.

Zur Sache.

OPE und sein lokales Netzwerk der CIGL, waren Vorreiter in Sachen lokale Entwicklung und Solidarwirtschaft.

Vor gut zehn Jahren diskutierten wir mit dem damaligen Arbeitsminister Juncker über unsere Vorstellungen und Pläne. Auf der Basis unserer gesammelten Erfahrungen im Bereich der Politik der Territorialen Beschäftigungspakte, präsentierten wir Herrn Juncker eine Studie die aufzeigte wie man in Luxemburg der Vollbeschäftigung näher kommen kann., die "Etude Objectif Plein Emploi".

Lokale Entwicklung und Solidarwirtschaft waren die beiden Pfeiler auf die die Studie aufbaute. Der Minister gab grünes Licht um diese Arbeit fortzuführen und zur Studie konnten entsprechende Programme entwickelt werden.

1997 wurde das erste lokale Projekt für Entwicklung und Arbeit gestartet. Dies war kein Zufall. Man erinnere sich dass die vorletzte Luxemburger Europäische Präsidentschaft verantwortlich zeichnete für die Einsetzung der "Europäischen Strategie für Arbeit", auch bekannt unter der Bezeichnung "Processus de Luxembourg".

Ein wichtiger Teil dieser Strategie beruht auf der Einbeziehung der lokalen Ebene um neue wirtschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen und so neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wenn OPE heute rund 700 neue Arbeitsplätze in Luxemburg geschaffen hat indem das entstehende Netzwerk nicht mehr als "Beschäftigungsinitiative" funktionierte, so hatte Herr Juncker sich schon damals nicht geirrt als er unsere Konzepte guthiess.

Wenn wir ihn also heute richtig verstehen, so fühlen wir uns in unserer Arbeit weiterhin bestätigt.

OPE könnte also weiterhin ein Akteur sein der wirtschaftlichen Fortschritt mitgestaltet.

Dafür müssen aber einige Dinge geklärt werden.

OPE als Initiator und Akteur der Solidarwirtschaft in Luxemburg braucht eine klare, bekennende Aussage seitens der Politik zur Fortführung seiner Arbeit und fordert weiterhin eine ebenso differenzierte wie strikte Abgrenzung zur Arbeit der Beschäftigungsinitiativen.

Unser vorrangiges und konkretes Anliegen ist demnach, ob es seitens der Politik gewünscht ist dass OPE seine R&D Arbeit weiterführt und somit zur sozio-ökonomischen Entwicklung und Bereicherung in diesem Lande beitragen soll.

OPE unterhält ein europäisches Netzwerk in dem eminente Wissenschaftler von Universitäten und Forschungsinstituten sich an unserer Arbeit beteiligen.

Die von OPE ins Leben gerufenen Programme haben europaweit aufhorchen lassen und werden in wissenschaftlichen Arbeiten und Evaluationen als exzellentes Beispiel behandelt.

Kurzum, Luxemburg kann mit OPE ein europaweit anerkanntes Kompetenzzentrum im Bereich der Lokalentwicklung und der Solidarwirtschaft vorweisen.

Nur, wenn man sich zum Beispiel den Aktivitätsbericht des "Plan d'Action National en faveur de l'Emloi" ansieht, dann findet man, übrigens wie auch bei den vorherigen, nichts, aber auch rein gar nichts über unsere Arbeit.

Was soll das?

Wir haben übrigens schon öfter die Erfahrung machen müssen dass zuständige Europäische Instanzen sich sehr über diesen Tatbestand gewundert haben.

OPE kann noch viel leisten. Mit den Anfeindungen und Anrempelungen die uns regelmässig aus verschiedenen Kreisen heimsuchen werden wir umzugehen wissen, aber, im besten Verständnis der Demokratie und der Subsidiarität benötigen wir eine allgemeingültige Legitimität.

Mit viel Mut werden wir unser Kompetenzzentrum in Sachen Lokalentwicklung und Solidarwirtschaft in den nächsten Monaten und Jahren weiter ausbauen. Hoffentlich mit der Unterstützung der Luxemburger Regierung!

## **Stoppt die Beschäftigungsinitiativen!**

Man sollte wissen was man eigentlich will.

Will man Menschen beschäftigen um der Beschäftigung willen, oder will man Arbeit schaffen um der Menschen willen?

Wenn die erste Hypothese erfüllt werden soll, kann man ruhig auf Beschäftigungsinitiativen zurückgreifen. Diese haben sich in dieser Hinsicht bewährt!

Will man aber Arbeit und damit neue Arbeitsplätze schaffen, dann sollte man die Beschäftigungsinitiativen schleunigst vergessen. Sie erfüllen einen solchen Zweck in keinster Weise.

Was sind eigentlich Beschäftigungsinitiativen?

Die moderne Industriegesellschaft funktionierte zyklisch. Das heist, dass es Perioden gab in denen jede verfügbare Arbeitskraft gebraucht wurde und es gab Perioden in denen die Produktion von Gütern und Dienstleistungen sich so verändert hatte dass viele Menschen nicht mehr gebraucht wurden.

Diese Zeitspannen der Unterbeschäftigung, in denen sich die Produktion durch neue Möglichkeiten der Produktionsverfahren veränderte und der damit einhergehenden Entwicklung neuer Bedürfnisse, waren oftmals Anlass sogenannte Beschäftigungsinitiativen ins Leben zu rufen.

Sie verschwanden wieder wenn die Privatwirtschaft neue Tätigkeitsfelder aufgetan hatte und neue andere Arbeit geschaffen hatte.

Diese Art und Weise, Perioden der Unterbeschäftigung zu meistern, bedurfte aber eines zweiten Akteurs: der Staat im Sinne eines Umverteilungsorgans, als Investor und als Garant für sozialen Zusammenhalt und Solidarität in der Gesellschaft.

Das Instrument "Beschäftigungsinitiative" scheint also auf den ersten Blick ganz in Ordnung zu sein.

Der Schein trügt. Erstens lehrt uns die Geschichte dass dieses Instrument, wenn es für eine grosse Zahl von Menschen angewandt wurde zu Missbrauch dieser Arbeitskraft führte und in den schlimmsten Fällen so pervertiert wurde dass die Betroffenen sich gegebenenfalls in "kriegsvorbereitenden Massnahmen" wiederfanden.

Zweitens wird uns die Geschichte lehren dass das Instrument "Beschäftigungsinitiative" die Zyklen der Unterbeschäftigung im Industriezeitalter wohl teilweise auffangen konnte, dass wir aber heute an der Schwelle zur "Wissensgesellschaft" aufgefordert sind intelligentere Lösungen zu finden.

Das Wirtschaftsmodell des Industriezeitalters, welches auf der einen Seite die Privatwirtschaft mit dem Auftrag der Erschaffung von "Reichtum" und auf der anderen Seite den Staat als verantwortungsvollen Verteiler eines Teils dieses Reichtums, hat sich dennoch bewährt und dürfte auch in Zukunft eine solide Basis für eine gerechte Gesellschaft und einen gut funktionierenden Sozialstaat darstellen.

Innerhalb dieses Konzeptes hat sich aber auch das Arbeitsrecht weiterentwickelt und dürfte ebenfalls als ein Grundpfeiler dieser Entwicklung angesehen werden.

Beschäftigungsinitiativen sind aber nicht Teil des Arbeitsrechtes. Sie sind die unrühmliche Ausnahme und zeigen auf konkrete Weise auf dass es Unzulänglichkeiten im System gibt.

Der Eintritt in die Wissensgesellschaft sollte Anlass dazu sein diesen Umstand zur Kenntnis zu nehmen und zu versuchen diesen Unzulänglichkeiten mit neuen Lösungen zu begegnen.

Diese Lösungen können ganz bestimmt pragmatischer Natur sein und durch kleine Schritte in Richtung zu einem dritten Sektor, neben dem Privaten- und Öffentlichen Sektor, angegangen werden.

Nur muss man jetzt die Weichen in diese Richtung stellen.

Mit neuen Möglichkeiten der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, mit der sich verändernden demographischen Zusammensetzung unserer Gesellschaft, der Anteil der älteren Menschen wird immer grösser, mit der berechtigten Sorge um den Erhalt unserer Umwelt, werden sich auch die Bedürfnisse in unserer Gesellschaft ändern und es werden vor allem neue Dienstleistungen erforderlich sein um das gesellschaftliche Sozialgefüge zusammenzuhalten.

Das Pendant zum gescheiterten Eintritt in die Wissensgesellschaft ist also die Bewältigung der Aufgaben die sich aus den Anforderungen der "beständigen Entwicklung" ergeben.

Wir brauchen also in Zukunft keine Beschäftigungsinitiativen sondern neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Solche aber, die eingebettet sind in das bestehende Arbeitsrecht. Es ist also ebenso sinnlos zu diesem Zeitpunkt das Arbeitsrecht in Frage zu stellen wie es sinnlos ist Ausnahmen zu diesem zuzulassen. Das bestehende Arbeitsrecht ist und bleibt ein Garant für soziale Kohesion, auch in Zukunft.

Die Betriebe des dritten Sektors können substantiell zur Schaffung der neuen Beschäftigungsmöglichkeiten beitragen, im Einvernehmen mit dem Privatsektor und dem Öffentlichen Sektor.

Die Betriebe des dritten Sektors sind vor allem Vereinigungen ohne Gewinnzweck oder Kooperativen und beschäftigen heute schon an die 12 000 000 Menschen in Europa. Sie bezeichnen ihre Art Wirtschaft zu betreiben als Solidar- und Sozialwirtschaft.

Diese Betriebe dürften also als ein wichtiger Bestandteil unseres zukünftigen Wirtschaftssystems beim Eintritt in die Wissensgesellschaft angesehen werden. Dem ist aber nicht so, und man scheint eher geneigt zu sein auf jene Rezepte zurückgreifen zu wollen die Menschen am Gängelband führen und sie zu Reservisten unserer Gesellschaft degradieren.

Aber was macht denn eigentlich die Betriebe der Solidarwirtschaft so suspekt?

Die Beteiligung an der Produktion von neuen Gütern und Dienstleistungen dürfte doch nicht als Problem angesehen werden. Im Gegenteil. Der Verzicht auf Gewinn und persönliche Bereicherung eigentlich auch nicht.

Die Unterwanderung der Regeln der Konkurrenz schon eher. Aber, eben das Bekenntnis der Betriebe der Solidarwirtschaft zur eigenständigen Übernahme von gesellschaftlich relevanten und neuen Aufgaben müsste eher dazu führen können die Spielregeln im Bereich des Wirtschaftens weiter auszubauen.

Die Wissensgesellschaft wird uns dazu zwingen uns innovativ und kreativ mit unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Tun wir's?



## Eine Ohrmarke oder einen Chip für die Arbeitssuchenden?

Über 13 000 Arbeitssuchende gibt es in Luxemburg. Die Lage ist nicht nur alarmierend, sie wird zusehends auch unübersichtlicher. Das Arbeitsamt verwaltet diesen immensen Haufen an Einzelschicksalen im Rahmen seiner Möglichkeiten, riskiert aber zunehmend die Übersicht zu verlieren. Was sollen wir tun. Guter Rat ist natürlich teuer, und wir sollen doch alle und überall sparen, sagt uns die Politik.

Der gut organisierte und freie Arbeitsmarkt schafft zudem auch noch immer neue, weitere Arbeitsplätze und belastet damit zusätzlich eine geordnete Klassifizierung von solchen Menschen die arbeiten könnten, solchen die arbeiten wollen, aber nicht gut können, und solchen die nicht wollen. Folgerichtig tut man also keinem dieser Menschen so richtig trauen, es gibt doch Arbeitsplätze im Überfluss. Dass sie sich nicht gegen die arbeitswilligen 150 000 Menschen, die als Grenzgänger bei uns arbeiten durchsetzen können, macht die ganze Sache noch suspekter.

Die Politik macht sich so seine Gedanken und hat herausgefunden dass von diesen über 13 000 Menschen, gut 3000 doch arbeiten. Aber irgendwie nicht richtig, denn die Arbeitsstellen erfordern keine Arbeitsleistung von den Menschen sondern dienen dem Zweck ihrer "Beschäftigung". Eine grosse Spielwiese also für Menschen die arbeiten könnten, nicht wollen oder nicht gut können.

Diese grosse Spielwiese der "Beschäftigung", die die Allgemeinheit allerdings nur kostet, soll jetzt mal unter die Lupe genommen werden. 10 000 Menschen durchzufüttern fürs Nichtstun, das steht unserer Solidargemeinschaft gut zu Gesicht und gibt der Politik ein humanes Antlitz. Die 3 000 Beschäftigten aber scheinen der Politik ein Dorn im Auge zu sein, denn man geht davon aus dass diese Menschen regelrechte Profiteure unseres Gemeinwesens sind.

Man schlägt also vor, diese Menschen ausfindig zu machen und sie aus der "Beschäftigung" heraus in richtige Arbeit zu bringen! Oder sie wieder mit den anderen 10 000 durchzufüttern.

Wie man das anstellen will?

Die Spielwiese der "Beschäftigung" ist gross und unübersichtlich. Das Arbeitsamt verwaltet sowieso alle 250 000 Menschen die auf unserem Arbeits- und Beschäftigungsmarkt tätig sind und da unsere moderne Gesellschaft verlangt dass Arbeitnehmer heute viel öfter die Arbeitsstelle wechseln, ist der Auftrag die 3 000 Beschäftigten, der "Beschäftigung" wegen, ausfindig zu machen noch vorstellbar. Sie aber daran zu hindern immerhin weiter Beschäftigt zu bleiben, ein Ding der Unmöglichkeit.

Gott sei Dank, gibt es aber auf dieser grossen Wiese noch selbsternannte Verwalter dieser 3 000 beschäftigten Menschen. Diese Verwalter, oder Beschäftigungsinitiativen, haben den Auftrag sich neue, sinnvolle und für die Gesellschaft wichtige "Beschäftigungen" auszudenken und dafür zu sorgen dass diese von den Beschäftigten ausgeführt werden.

Die Ställe, die zu einer Wiese gehören, sollten aber periodisch ausgemistet werden, so jetzt die Anforderung der Politik an die Stallhalter. Schliesslich kommt sehr viel Geld für die Stallhalter und die Beschäftigten vom Staat, der Allgemeinheit also. Damit nicht genug. Man will als Finanzierer und Verbraucher der erbrachten Leistungen dieser Beschäftigten, auch einen ordentlichen Verbraucherschutz. Es kann also nicht sein dass Beschäftigtigung, als Krankheitsbild, zu einer chronischen Krankheit ausartet und womöglich noch die Gefahr der Ansteckung in sich birgt. Die Stallhalter und Beschäftigten leben nämlich mit uns und mitten unter uns.

Um diesem Verbraucherschutz gerecht zu werden schlägt die Politik vor dass man den auf diese Weise Beschäftigten kennzeichnen sollte. Man will wissen inwieweit er sich im Laufe seines Lebens von der Krankheit der Beschäftigung erholt und zu einem vollwertigen Arbeiter werden kann, soll, will. Und, wer soll diese Aufgabe denn übernehmen wenn nicht der Staat selbst indem er dementsprechende Gesetze schafft und den Auftrag an die Stallhalter, die sich selbstopfernd um diese Beschäftigten kümmern, weiter gibt.

Nun haben die Stallhalter aber ein Problem. Die Beschäftigten sind freie Bürger und haben dieselben Rechte wie andere Bürger, auch in Bezug auf das Recht auf Arbeit und den Datenschutz. Und sie können ihr Leben

und ihren beruflichen Werdegang selbst bestimmen. Wenn die Beschäftigten also ihren Arbeitsplatz wechseln wollen, dann tun sie's! Ohne unter Beobachtung geraten zu müssen. Ob sie krank sind oder gesund tut nichts zur Sache. Und weiter einer "Beschäftigung" nachgehen zu wollen dürfte sie auch nicht zu Kranken stempeln. Wir alle hoffen insgeheim fit und flott zu sein, egal welche Tätigkeit es uns möglich oder erlaubt ist, zu leisten. .

Es ist schon eine verdammte Zwickmühle in die wir uns da hineinsteigert haben. Um diesem Ganzen noch Herr zu werden schlägt OPE vor, entweder, die Arbeitssuchenden oder Beschäftigten mittels einer Ohrmarke oder eines Chip, das ist diskreter, zu kennzeichnen. Wir könnten sie so effizienter bei dem Versuch erwischen wieder und wieder einer "Beschäftigung" nachgehen zu wollen.

Oder aber, Beschäftigung müssen wir gleichsetzen mit regulärer Arbeit. Wir hätten dann 3000 versteckte Arbeitslose weniger und neue zukunftsweisende Arbeitsmärkte könnten auf- und ausgebaut werden. Perfekt könnte das System dann werden wenn wir die anderen Arbeitnehmer der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand mit einem Label versehen würden das ihnen bescheinigt rundum gesund zu sein und dass ihre Arbeitsmoral untadelig ist.

OPE plädiert dafür diese traurige Geschichte zu beenden. Die sich in der Vorbereitung befindliche diesbezügliche Gesetzgebung zu vergessen, und zusammen an besseren Entwürfen zu arbeiten.

## **Luxemburg, verkehrt?**

Es dürfte einen einfach denkenden Menschen schon stutzig machen, wenn er versucht zu begreifen was sich augenblicklich in Luxemburg abspielt.

Unsere Politiker werden seit einigen Wochen nicht müde uns zu verstehen zu geben wir müssten alle sparen, sparen und nochmals sparen.

Der Staatshaushalt würde das nicht mehr hergeben was wir bräuchten um all das zu finanzieren an das wir uns so eigenartigerweise gewöhnt haben.

Das ist natürlich sehr bedenklich, zumal es gerade auch die Sozialleistungen betrifft und damit jene Mitbürger die sowieso am wenigsten abbekommen.

Die Frage wie das geschehen kann, ist deshalb berechtigt.

Nun, der Einzelne erarbeitet sich im internationalen Vergleich eines der höchsten Prokopfbrottoinlandprodukte. Im Durchschnitt. Wir sind also mit die tüchtigsten. Und wir brauchen nicht mal alle Arbeitsfähigen dazu.

Das heisst dass wenn wir noch besser werden, noch mehr arbeiten also, stehen die anderen Länder noch schlechter da.

Wollen wir das überhaupt?

Und wie prall gefüllt müsste die Staatskasse, unsere gemeinsame Kasse, denn gefüllt sein, mit einer solchen Leistung. Sie müsste eigentlich überquellen.

Aber, anscheinend ist das Gegenteil der Fall.

Da verstehe wer will. Haben wir Verwalter die unsere grandiose Arbeitsleistung schlecht verwalten, oder anders gefragt: wer saht hier ab?